

Bergtourismus auf Wiedersehen - Absurd aber wahr: Kein Wandern mehr im Wald

von [Diana Scarlet, jurnalul.ro](#) | 17 Apr 2024

Umweltaktivisten haben mehr als 58.000 Unterschriften für die Aufhebung der Bestimmungen im neuen Forstgesetzbuch gesammelt, die den Zugang zu staatlichen und privaten Wäldern beschränken.

Die Grundlage für die Einführung dieser [Zugangsverbote](#) zu Waldflächen ist widersprüchlich, und die Formulierung des Gesetzestextes ist sehr auslegungsfähig, so dass es am Ende dazu kommen könnte, dass Bergtourismus in Rumänien nicht mehr möglich sein wird, da der Eigentümer jedes Waldgebiets seine Zustimmung geben muss, selbst für Wanderungen auf markierten Wegen. Auch die Bewirtschafter oder Eigentümer sowie Freiwillige, die den Wald von Müll befreien oder auf Abholzung, Wilderei oder andere illegale Aktivitäten kontrollieren wollen, müssen ihre Zustimmung geben. Auch journalistische Recherchen wird es nicht mehr geben, da niemand den Wald ohne Erlaubnis von Romsilva oder den Eigentümern betreten darf.

Zunächst beschuldigten mehrere Verbände von Landbesitzern nichtstaatliche Umweltschutzorganisationen, Wälder nach dem Vorbild des WWF in lateinamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Ländern schließen zu wollen, wo riesige Privatflächen ausschließlich für diejenigen geschaffen wurden, die hohe Summen für den Zugang zu geschützten Gebieten zahlen können. Das neue rumänische Forstgesetzbuch wird jedoch von Umwelt-NGOs angegriffen und von einigen Waldbesitzern unterstützt, obwohl der Hauptgrund für die Zugangsbeschränkung der Schutz der Natur ist.

In dem seit mehreren Jahren andauernden Skandal zwischen den Waldbesitzern und der Stiftung Conservation Carpathia (die riesige Flächen aufkauft, um nach dem Vorbild von Yellowstone einen Naturpark von über 200.000 Hektar zu schaffen) waren es gerade die Genossenschaften und die Verbände der Waldbesitzer, die das Recht bestritten, die Wälder mit Schranken und Rangern abzusperren. Andererseits sehen die Bestimmungen des neuen Forstgesetzes genau das vor, was die Stiftung Conservation Carpathia jetzt tut, werden aber von einigen der Grundbesitzer unterstützt, die mit dem Yellowstone-Projekt in Konflikt stehen, während Umwelt-NGOs darum kämpfen, die Einschränkungen aus dem Gesetz zu streichen.

Sammeln von 100.000 Unterschriften

Im März dieses Jahres, als der Gesetzesentwurf vom Umweltministerium fertiggestellt wurde und im Parlament zur Abstimmung stand, starteten Umweltaktivisten eine Petition, die immer noch Unterschriften sammelt und inzwischen mehr als 58.000 der 100.000 erreicht hat, die sich die NRO vorgenommen hatten.

"Sie haben uns belogen. Die Regierung hat nach Abschluss der öffentlichen Konsultationen einen Artikel eingeführt, der den Zugang zu den Wäldern nur nach Benachrichtigung des Eigentümers erlaubt. Die Regelung gilt für alle Wälder, nicht nur für private, wie es im ursprünglichen Text des Entwurfs des Forstgesetzes hieß. (...) Wenn wir die Behörden nicht davon überzeugen, den

aktuellen Entwurf zu ändern, könnte mehr als die Hälfte der rumänischen Wälder für die Allgemeinheit unzugänglich werden", heißt es in der Petition der Umwelt-NGOs.

Nur mit dem Einverständnis der Verwalter

Aber die Situation ist noch viel schlimmer, denn laut Artikel 58 des neuen Forstgesetzes wird der Zugang zu den Wäldern, die dem rumänischen Staat gehören, in gleicher Weise eingeschränkt, nicht nur zu denen in Privatbesitz. In den Absätzen 4 bis 6 finden sich beispielsweise folgende Bestimmungen: "(4) In Wäldern, die in Naturschutzgebieten liegen, kann der öffentliche Zugang zum Wald durch die Bestimmungen der Bewirtschaftungspläne der Naturschutzgebiete eingeschränkt werden. (5) Der öffentliche Zugang zum Wald mit dem Fahrrad ist auf Waldstraßen, -wegen und -pfaden auf eigene Gefahr und unter Einhaltung der vom Landverwalter/Eigentümer festgelegten Bedingungen gestattet, soweit dies angemessen ist. (6) Der Ausbau von Wander-, Lauf-, Reit- und Radwegen im FFN (Nationaler Waldfonds) erfolgt bei öffentlichen oder privaten Staatswäldern mit Zustimmung des Verwalters, bei anderen Eigentumsformen mit Zustimmung des Eigentümers. In Wäldern in Naturschutzgebieten darf die Erschließung nur mit Zustimmung des Verwalters des Naturschutzgebiets erfolgen".

Mit anderen Worten: Jedes andere Waldgebiet, in dem jemand wandern, Rad fahren oder campen möchte, bedarf der Zustimmung des Forstverwalters oder des Eigentümers.

Alle Widersprüche zum Schutz der Natur

Die Motivation für die Einführung dieser Beschränkungen ist aus der Sicht einiger Waldbesitzer vor allem die Brandgefahr. Es wird auch argumentiert, dass Wälder Privateigentum sind und denselben Bestimmungen unterliegen sollten wie jede andere Art von Eigentum.

Im Allgemeinen sind die Gründe mit dem Umweltschutz verbunden: Diejenigen, die im Wald spazieren gehen, legen Feuer, hinterlassen Müll, zerstören die Natur und können nicht kontrolliert werden, insbesondere diejenigen, die mit Jeeps, ATVs oder Enduro-Motorrädern abseits der Straße unterwegs sind. All diese Argumente kommen von den Waldbesitzern.

Auch Nichtregierungsorganisationen fordern die Aufhebung der Beschränkungen mit der Begründung, dass Journalisten und Aktivisten, die jetzt illegalen Holzeinschlag und Wilderei aufdecken, keinen Zutritt zu den Wäldern haben, wenn der Zugang zu ihnen beschränkt wird.

"Ein giftiger Artikel im Text des Entwurfs besagt, dass 'Besitzer von Privatwäldern den Zugang für Fußgänger einschränken können, indem sie diese Einschränkungen deutlich sichtbar anbringen'. [1] Das bedeutet, dass sie uns verbieten werden, diese Wälder zu betreten. Ebenso schlimm ist, dass Journalisten oder Umweltaktivisten, die versuchen, möglichen illegalen Holzeinschlag zu ermitteln, weder in privaten noch in staatlichen Wäldern recherchieren können. Im Text des Forstgesetzes werden sie nicht zu den Berufsgruppen gezählt, die in den Wäldern arbeiten dürfen. [2] Sie werden zu Kriminellen, weil sie versuchen, ihren Job zu machen, nämlich den Wald vor denen zu retten, die mit dem illegalen Fällen von Bäumen Profit machen wollen", schreiben die Umwelt-NGOs im Text der Petition.

All diese Argumente werden von beiden Seiten in die Parlamentsdebatten eingebracht werden, einschließlich der Petition mit den 100.000 Unterschriften für die Aufhebung der Zugangsbeschränkungen.